

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

18. WP - 61. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. Oktober 2015, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Eichstädt (SDP)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Vorsitzender

i. V. von Heike Franzen

Weitere Abgeordnete

Bernd Heinemann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über das Krebsregister des Landes Schleswig-Holstein (Krebsregistergesetz Schleswig-Holstein - KRG SH)	5
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/2962	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/4952	
hierzu: Umdrucke 18/4619, 18/4631, 18/4657, 18/4689, 18/4697, 18/4706, 18/4713, 18/4716, 18/4721, 18/4736, 18/4788, 18/4825, 18/4952	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kinderschutzgesetzes und des Jugendförderungsgesetzes	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/2310	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Umdruck 18/4593	
hierzu: Umdrucke 18/3762, 18/3818, 18/3840, 18/3854, 18/4593	
3. Zwischenbericht zur Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3044	
4. Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte Europabericht 2014 - 2015	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2976	
hierzu: Umdruck 18/4651	
5. Kindeswohl sicherstellen: Stärkung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe	10
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN Drucksache 18/3212 (neu) - selbstständig	

- 6. Fonds für Heimerziehung** 11
- Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/3173](#) (neu)
- Änderungsantrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/3218](#) - selbstständig
- 7. a) Flächendeckende Geburtshilfe in Schleswig-Holstein nachhaltig sicherstellen** 12
- Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/2256](#)
- Änderungsantrag der Fraktionen von FDP und PIRATEN
[Drucksache 18/2364](#) (neu) - selbstständig -
- Flächendeckende Geburtshilfe im Krankenhausrahmenplan fortentwickeln**
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
- [Drucksache 18/2368](#) - selbstständig -
- b) Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen in Schleswig-Holstein**
- Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/3338](#)
- 8. Bericht der Sozialministerin zur aktuellen Situation der Frauenhäuser** 15
- Antrag des Abg. Wolfgang Dudda (PIRATEN)
[Umdruck 18/4906](#)
- 9. Konsequenzen aus der UKSH-Keimkrise** 16
- Antrag des Abg. Carsten Jasper (CDU)
[Umdruck 18/4951](#)
- 10. Verschiedenes** 17

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Ausschuss den **Tätigkeitsbericht 2013/2014 der Antidiskriminierungsstelle des Landes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2912](#), bis zur nächsten Sitzung zurück und nimmt den Punkt **Konsequenzen aus der UKSH-Keimkrise**, Antrag des Abg. Carsten Jasper (CDU), [Umdruck 18/4951](#), in die Tagesordnung auf.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über das Krebsregister des Landes Schleswig-Holstein (Krebsregistergesetz Schleswig-Holstein - KRG SH)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/2962](#)

(überwiesen am 22. Mai 2015)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/4952](#)

hierzu: [Umdrucke 18/4619, 18/4631, 18/4657, 18/4689, 18/4697, 18/4706, 18/4713, 18/4716, 18/4721, 18/4736, 18/4788, 18/4825, 18/4952](#)

Abg. Dr. Bohn bringt den aus [Umdruck 18/4952](#) ersichtlichen Änderungsantrag für die Koalition ein. Sie erläutert, der Änderungsantrag enthalte zwei aus der Anhörung aufgegriffene Punkte, nämlich Änderungen im Bereich des Datenschutzes und Änderungen dahin gehend, dass Informationen für medizinische Behandlungen ausgetauscht werden könnten.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag [Umdruck 18/4952](#) einstimmig zu.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kinderschutzgesetzes und des Jugendförderungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 18/2310](#)

(überwiesen am 10. Oktober 2014)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
[Umdruck 18/4593](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW
[Umdruck 18/4950](#)

hierzu: [Umdrucke 18/3762, 18/3818, 18/3840, 18/3854, 18/4593, 18/4950](#)

Abg. Dr. Bohn bringt den aus [Umdruck 18/4950](#) ersichtlichen Änderungsantrag für die Koalition ein. Sie erläutert, er enthalte Änderungen im Hinblick darauf, dass es Kinder gebe, die keinem Geschlecht zugeordnet werden könnten, was sich auch auf die Jugendarbeit beziehe. Außerdem gebe es eine Klarstellung hinsichtlich der Zuständigkeiten.

Abg. Klahn bedauert, dass das von der FDP-Fraktion in dem Änderungsantrag [Umdruck 18/4593](#) zum Ausdruck gebrachte Anliegen nicht berücksichtigt werden solle. Die vorgelegten Änderungen brächten das Land nicht voran. Wichtig wäre vielmehr, Maßnahmen durchzuführen. Neu sei die Gebührenerhebung. Damit gebe es eine Verschiebung der Kosten zulasten der Kommunen. Kritisch gesehen werde - wie dies auch die kommunalen Landesverbände täten - die Verlagerung der Rechtsaufsicht in das Sozialministerium.

Abg. Rathje-Hoffmann kritisiert die Regelung zu § 41, Erhebung von Gebühren, und verweist auf die diesbezüglichen Stellungnahmen der LAG der freien Wohlfahrtsverbände sowie des Kinderschutzbundes.

Der Änderungsantrag [Umdruck 18/4593](#) wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag [Umdruck 18/4950](#) wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Zwischenbericht zur Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsplans für
Menschen mit Behinderung**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/3044](#)

(überwiesen am 18. Juni 2015 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte
Europabericht 2014 - 2015**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2976](#)

(überwiesen am 19. Juni 2015 an den **Europaausschuss** und alle anderen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdruck 18/4651](#)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Kindeswohl sicherstellen: Stärkung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN
[Drucksache 18/3212](#) (neu) - selbstständig

(überwiesen am 16. Juli 2015)

Abg. Dr. Bohn regt an, im vorletzten und letzten Absatz den ersten Halbsatz jeweils durch den Halbsatz „Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung,“ zu ersetzen. - Die Antragsteller erklären sich damit einverstanden und ändern den vorliegenden Antrag entsprechend.

Abg. Klahn legt ihre grundsätzliche Haltung gegen die Einführung einer Ombudsstelle und betont, dass sie dem Antrag im Übrigen zustimmen könne. Sie beantragt, den drittletzten Absatz zu streichen.

In einer kurzen Diskussion wird über die Anbindung der Ombudsstelle diskutiert.

Der Antrag der Abg. Klahn, den drittletzten Absatz zu streichen, wird mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der FDP abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der FDP, den Antrag in der vom Ausschuss geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Fonds für Heimerziehung

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/3173](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/3218](#) - selbstständig

(überwiesen am 16. Juli 2015)

Frau Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, stellt kurz den derzeitigen Diskussionsstand auf Bundesebene dar.

Abg. Dudda regt an, die Anträge im Frühjahr erneut aufzurufen vor dem Hintergrund, dass dann sicherlich die Finanzierung geklärt sei. Außerdem müsse man sich Gedanken darüber machen, wie man die Betroffenen erreichen könne.

Abg. Dr. Bohn signalisiert für die Koalition die Bereitschaft, eine gemeinsame Initiative zu ergreifen. Sie erklärt sich mit einer Diskussion des Themas im März einverstanden.

Der Ausschuss kommt überein, das Thema in der März-Sitzung erneut aufzurufen oder, sofern sich auf Bundesebene neue Entwicklungen ergeben, bereits zu einem früheren Zeitpunkt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Flächendeckende Geburtshilfe in Schleswig-Holstein nachhaltig sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/2256](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von FDP und PIRATEN

[Drucksache 18/2364](#) (neu) - selbstständig -

Flächendeckende Geburtshilfe im Krankenhausrahmenplan fortentwickeln

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/2368](#) - selbstständig -

(überwiesen am 10. Oktober 2014)

Abg. Rathje-Hoffmann bemängelt, dass mit dem vorgelegten Bericht weder ein regionales Geburtshilfekonzept noch die Überarbeitung der Krankenhausplanung vorgelegt worden sei.

Abg. Klahn möchte wissen, warum kein Konzept vorgelegt worden sei, sondern das Ministerium ein Institut mit der Erarbeitung einer Konzeption beauftragt habe.

Frau Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, führt aus, was sie umtreibe, sei das Spannungsverhältnis zwischen Wohnortnähe und Qualität der Versorgung. An mehreren Standorten seien konkrete Probleme zu bewältigen; diese Probleme seien sehr unterschiedlich. Wolle man eine passende Konzeption für die einzelnen Örtlichkeiten schaffen, müssten die standortbedingten Umstände Berücksichtigung finden. Deshalb solle ein Konzept mit externer Begleitung und vielen Gesprächen aller Beteiligten vor Ort erarbeitet werden. Durch diese externe Begleitung erhoffe sie sich neue Lösungsansätze und Konzepte, die für den Einzelfall passend seien.

Auf eine Frage der Abg. Rathje-Hoffmann antwortet Ministerin Alheit, derzeit würden die Bereiche Ostholstein und Nordfriesland betrachtet. Mit der Insel Föhr sei eine neue Problematik aufgetaucht. Allerdings habe man die Inseln und Halligen grundsätzlich im Blick.

Abg. Dr. Bohn äußert ihre Erwartung, dass die Situation auf Föhr in die Überlegungen einbezogen werde. Ministerin Alheit legt dar, dass diese Situation das Ministerium genauso überraschend getroffen habe wie alle anderen. Das Ministerium sei vor Ort nicht involviert gewesen.

Die Frage der Abg. Rathje-Hoffmann, ob mit weiteren Schließungen zu rechnen sei, beantwortet Ministerin Alheit dahin, sie gehe - wie auch dem Bericht der Landesregierung [Drucksache 18/3338](#) zu entnehmen sei - davon aus, dass sich die Situation in Schleswig-Holstein verändern und es Zentralisierungen geben werde.

Abg. Klahn vertritt die Auffassung, dass die Situation auf Föhr nicht unverhofft gekommen sei. So habe sie bereits früher darauf aufmerksam gemacht, dass die Situation dort nur aufrechterhalten werden könne, weil es ein engagiertes Arztehepaar gebe. Das sei auch einer der Gründe gewesen, aus denen sie ein Konzept angefordert habe. Außerdem erkundigt sie sich nach weiteren Einzelheiten der Situation auf Föhr. - Ministerin Alheit legt dar, die Rahmenbedingungen, die sie genauso sehe, hätten sich geändert. Das Arztehepaar sei immer noch auf der Insel und bereit, ihre Dienste zu leisten. Die Schließung habe andere Gründe. Offensichtlich sei die Kommunikation in diesem Fall nicht optimal gelaufen.

Frau Seemann, Leiterin des Referats Krankenhauswesen und -finanzierung, ambulante und sektorenübergreifende Versorgung, Rettungswesen im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, ergänzt, dass der Krankenhausträger das Ministerium in der Regel durchaus vorher informiere. Hier sei dies das erste Mal gewesen, dass das nicht der Fall gewesen sei. Das Klinikum auf Föhr sei eine eigenständige Klinik. Im Krankenhausplan werde unterschieden zwischen Gynäkologie und Geburtshilfe. Die Klinik sei aufgefordert worden zu erklären, ob es weiterhin eine belegärztliche Gynäkologie geben solle, oder einen Antrag zu stellen, dass dies nicht weitergeführt werden solle. Ein diesbezüglicher Antrag liege noch nicht vor.

Auf eine Nachfrage der Abg. Rathje-Hoffmann legt Frau Seemann dar, derzeit gebe es keine konkreten Gespräche über Schließungen. Es gebe aber immer wieder Gespräche über Meldungen hinsichtlich personeller Probleme.

Ministerin Alheit führt an, bemerkbar sei, dass immer wieder mangelnde Fachkräfte das Problem seien. Seien diese nicht vorhanden, könne der Standard nicht gehalten werden. Ein großes Problem sei die Situation der Hebammen. Gebe es flächendeckend keine Hebammen mehr, gebe es auch flächendeckend keine Belegärzte mehr. Sie halte den kürzlich gefällten Schiedspruch auf Bundesebene noch nicht für ausreichend. Hier müssten weitere Anstrengungen unternommen werden.

Ministerin Alheit bejaht die Frage der Abg. Klahn, ihr er die Resolution zum Erhalt der Geburtshilfeklinik auf Föhr bekannt sei.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN, den Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/2256](#), abzulehnen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN, den selbstständigen Änderungsantrag der Fraktionen von FDP und PIRATEN, [Drucksache 18/2364](#) (neu) abzulehnen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN, den selbstständigen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/2368](#), anzunehmen.

b) Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/3338](#)

(überwiesen am 18. September 2015)

Auf Antrag der Abg. Klahn beschließt der Ausschuss, eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Anzuhörende sollen bis zum 16. Oktober 2015 benannt werden.

Als Termin für die Anhörung legt der Ausschuss den 28. Januar 2016 fest.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht der Sozialministerin zur aktuellen Situation der Frauenhäuser

Antrag des Abg. Wolfgang Dudda (PIRATEN)

[Umdruck 18/4906](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, über die aktuelle Situation nicht nur der autonomen Frauenhäuser, sondern insgesamt der Frauenhäuser zu berichten.

Frau Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, bezieht sich auf die in dem Antrag [Umdruck 18/4906](#) konkret gestellten Fragen, und zwar insbesondere auf die Kaltmieten, Nebenkosten und Platzkostenpauschalen. Sie führt aus, dass das System umgestellt worden sei dahin, dass die Kaltmieten am Standort übernommen würden. Gleichzeitig hätten die Platzkostenpauschalen erhöht werden können. Zunehmend sei problematisch geworden, dass es bei den Kosten keine Dynamisierung gegeben habe, was sich insbesondere auf die Mitarbeiter ausgewirkt habe. Sie hoffe, dass mit dem Haushalt 2016 eine Steigerung des Ansatzes um 3 % beschlossen werde.

Zu der Entwicklung der Zusammenarbeit mit Hamburg sei zu berichten, dass es noch keine dauerhafte Vereinbarung gebe.

Derzeit gebe es noch keine Auswirkungen des verstärkten Flüchtlingsstroms, also keine verstärkte Nutzung der Frauenhäuser durch Flüchtlingsfrauen. Dies werde sich aber voraussichtlich mit zunehmenden Flüchtlingszahlen und zunehmender Integration ändern. Also müssten sich die Frauenhäuser auch auf diese Situation vorbereiten.

Das aus Hamburg geflossene Geld sei immer den Frauenhäusern zugutegekommen. Ihr Ziel sei, diese Mittel in die strukturelle Finanzierung zu geben.

Auf eine Frage der Abg. Rathje-Hofmann legt Ministerin Alheit dar, dass die derzeitigen Platzkosten 10.800 € betragen; die künftigen Platzkosten werde sie schriftlich mitteilen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Konsequenzen aus der UKSH-Keimkrise

Antrag des Abg. Carsten Jasper (CDU)

[Umdruck 18/4951](#)

Der Ausschuss kommt mit Zustimmung des Antragstellers überein, die Landesregierung zu bitten, in der nächsten Sitzung mündlich zu berichten.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende berichtet, dass sowohl die Frau Bundesstaatssekretärin Widmann-Mauz als auch Herr Dr. Ewald als Vorsitzender des Hospiz- und Palliativverbandes angeschrieben worden seien mit der Frage, ob sie als Referentin beziehungsweise Koreferent zur Verfügung stünden. Darin seien auch Terminvorschläge gemacht worden, die den Ausschussmitgliedern zugeleitet würden.

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, schließt die Sitzung um 15:15 Uhr.

gez. Peter Eichstädt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin